

**Auszug aus der VhU-Programmatik zu „Haushalt, Steuern, Währung“  
vom 25. Oktober 2015**

**Keine Euro-Bonds! Keine Haftungs- und Transferunion!**

Viele Staaten des Euro-Währungsgebiets setzen den Stabilitäts- und Wachstumspakt nach wie vor nicht konsequent um, sondern haben den Weg in eine – zwar konditionierte und begrenzte, aber dennoch dauerhafte – Haftungs- und Transferunion beschritten: Die Euro-Staaten stehen über Rettungsfonds gegenseitig für Teile ihrer Staatsschulden ein.

Eine Aufstockung der Rettungsfonds für Euro-Staaten und die Einführung von Euro-Bonds sind abzulehnen. Denn die gegenseitige Haftung der Euro-Staaten reduziert den Anreiz, Staatsdefizite zu verringern bzw. zu vermeiden.

Eine dauerhafte Haftungs- und Transferunion droht vor allem zu Lasten desstarksten Partners zu gehen – also Deutschlands und seiner Steuerzahler.

Nahezu alle Euro-Staaten müssen ihre Anstrengungen zum dauerhaften Defizitabbau deutlichverstarken. Alle Euro-Staaten sollten strenge Schuldenbremsen in ihre Verfassungen aufnehmen.

Für den Verbleib überschuldeter Staaten im Eurosystem ist zu fordern, dass sie die wirtschaftlichen und politischen Lasten der Anpassung überwiegend selbst tragen – etwa Reallohnanderungen und die interne Abwertung.

Die Standortbedingungen in hochverschuldeten Euro-Staaten müssen so verbessert werden, dass Investitionen freiwillig ihren Weg dorthin finden. Nur mit einer wettbewerbsfähigen Privatwirtschaft können Wirtschaftswachstum und Beschäftigung in einem Maße entstehen, das erforderlich ist, um ausreichend Steuereinnahmen für einen ausgeglichenen Haushalt zu generieren.

Konstitutiver Teil der EU waren stets Hilfen für wirtschaftlich schwächere Regionen. Entsprechend sollte auch hochverschuldeten Euro-Staaten geholfen werden. Dies sollte auf der Ebene der gesamten EU, nicht nur der Euro-Staaten, erfolgen. Gezielte, konditionierte und befristete Strukturhilfen zur Selbsthilfe wären zudem effektiver als Dauerhilfen im Rahmen einer Transferunion der Euro-Länder, die zu einem europäischen Länderfinanzausgleich ausführen könnten, den die hessische Wirtschaft strikt ablehnt.